

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt
Offenbach am Main
2001 - 2006

Drucksachen-Abteilung II (A)

Ausgegeben am 6.01.2004
Eingänge Dezember 2003

Nr. 565/ 78

Kürzungsvorhaben der hessischen Landesregierung für das Jahr 2004
Beschluss der Stv.-Versammlung vom 13.11.2003, DS I (A) 565

Die Stadtverordnetenversammlung hat am 13.11.2003 nachfolgenden Beschluss gefasst:

Die Stadtverordnetenversammlung fordert die Hessische Landesregierung auf, die beabsichtigte rigorose Streichung von Zuschüssen für Einrichtungen und Dienste freier Träger zurückzunehmen.

Die Stadtverordnetenversammlung fordert die Mitglieder des Hessischen Landtages, insbesondere die der CDU aus der Stadt Offenbach, auf, die Kürzungsvorschläge nicht in den Landeshaushalt 2004 aufzunehmen.

Der Magistrat wird gebeten, in einem Bericht an die Stadtverordnetenversammlung darzulegen, welche Einrichtung und Angebote in Offenbach durch die Kürzungspläne der Hessischen Landesregierung betroffen sind.

Der Bericht soll sowohl Auskünfte über die Höhe der Kürzungen für Einrichtungen und Angebote der Stadt Offenbach enthalten als auch entsprechende Daten über Angebote und Einrichtungen der Freien Träger im Stadtgebiet.

Darüber hinaus ist für die Angebote und Einrichtungen der Freien Träger der Anteil der Kürzungen an den jeweiligen Gesamtausgaben darzustellen.

Die eingegangenen Antworten zu den Schreiben des Herrn Stadtverordnetenvorstehers Manfred Wirsing vom 18.11.2003 sind als Anlage beigefügt.

Anlagen:

Schreiben des Fraktionsvorsitzenden der Landtagsfraktion B´90/Die Grünen, Herrn Tarek Al - Wazir.

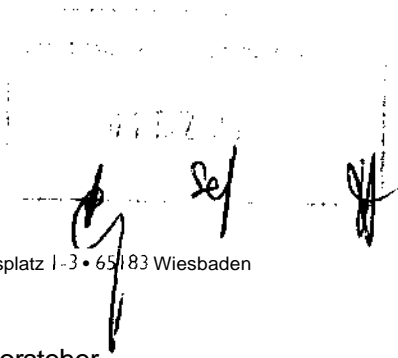
Schreiben der Landtagsabgeordneten, Frau Heike Habermann.

Schreiben des Präsidenten des Hess. Landtags, Herrn Norbert Kartmann.

Schreiben des Herrn Staatsministers Stefan Grüttner.

Schreiben des Herrn Ministerpräsidenten Roland Koch.

II A 565/78



Bündnis 90/Die Grünen Schlossplatz 1-3 • 65183 Wiesbaden

Dem Stadtverordnetenvorsteher
Herrn Manfred Wirsing

63061 Offenbach

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**
Landtagsfraktion Hessen

Tarek Al-Wazir
Fraktionsvorsitzender
Durchwahl: 0611/350-580
Fax: 0611/350-604
Email: t.al-wazir@ltg.hessen.de

Wiesbaden, den 27. November 2003

Sehr geehrter Herr Wirsing,

wir danken für die Übersendung des Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Offenbach vom 13. November 2003 zu dem Kahlschlag in der Sozialpolitik durch die Landesregierung Roland Koch. Wir teilen Ihr Unverständnis über diesen sozialen Kahlschlag und Ihre Sorge über den Fortbestand sozialer Einrichtungen in Hessen. Wir hoffen, dass die vielen Proteste, die sich an allen Orten in Hessen formieren, mit dazu beitragen, dass die Kürzungsvorschläge nicht realisiert werden.

Wenn die geplanten Kürzungen in Höhe von 30 Millionen Euro Wirklichkeit werden, stehen viele Projekte und Initiativen in ganz Hessen vor dem Aus und eine über Jahrzehnte aufgebaute soziale Infrastruktur würde zerstört.

Über alle Maßen erschreckt sind wir zudem darüber, dass die Landesregierung die Kürzungen vor allem in den Bereichen umsetzen will, die ihnen politisch nicht genehm sind und die **Beratungs-** und **Hilfeangebote** ausgerechnet dort kürzt, wo Menschen in besonderen Maße auf staatliche Unterstützung angewiesen sind.

Das sind Frauenprojekte ebenso wie **Präventionsangebote** im Gesundheits- und Drogenbereich, Schuldnerberatungsstellen und Hilfen für Menschen in **psycho-sozialen** Notlagen. Integrationsmaßnahmen für Migrantinnen und Aussiedlerinnen sollen drastisch, in etlichen Bereichen sogar vollständig gestrichen werden. Weder Familienbildungsstätten noch Erziehungsberatungsstellen sollen künftig noch Landeszuschüsse erhalten, Hilfen für straffällig gewordene Jugendliche stehen künftig ebenso wenig auf der Förderliste des Sozialministeriums wie Maßnahmen in sozialen Brennpunkten und Beratungsstellen für psychisch kranke Menschen.

Durch diese Kürzungen werden viele Menschen, die auf diese Hilfen zur Selbsthilfe angewiesen sind, ausgegrenzt und von der Landesregierung im Stich gelassen. Doch die drohende Unterversorgung an Beratungs- und Hilfeangeboten betrifft nicht nur gesellschaftliche Randgruppen, betroffen sind auch Bürgerinnen und Bürger, die kurzfristig in materielle oder **psycho-soziale** Not geraten, sei es durch Scheidung oder Trennung, durch die Geburt eines Kindes, durch Überschuldung beim Hauskauf oder durch längere Arbeitslosigkeit.

Die **Landesregierung behauptet**, die Kürzungen seien unvermeidbar und würden einer „sicheren Zukunft“ dienen. Dies ist zynisch und auch falsch: so wird der geplante Abbau der sozialen Infrastruktur in Hessen zwar kurzfristig den Landeshaushalt entlasten, doch die Kommunen und freien Träger **der Wohlfahrt** werden erheblich mehr belastet: Mittel- und langfristig werden die Kürzungen wesentlich höhere Kosten verursachen, denn durch den Wegfall vieler sozialer **Projekte** und Beratungsstellen erhalten die Menschen nicht mehr rechtzeitig die Unterstützung, die sie in ihrer **jeweiligen** Lebenssituation benötigen - ihre Probleme werden künftig größer und die daraus resultierenden Kosten werden die vordergründigen Kürzungen um ein Vielfaches übersteigen.

Die Kürzungsvorschläge der Landesregierung sind außerdem keineswegs alternativlos, wie behauptet wird, denn es wäre möglich, die Haushaltssituation des Landes so zu verbessern, dass die Streichung von 30 Millionen Euro im Sozialetat zu kompensieren wären. So führte die Aufgabe der Blockadehaltung der CDU Landesregierung im Bundesrat bei einer Veränderung der Pendlerpauschale zu Mehreinnahmen von 45 Millionen Euro, der Abbau der Ausnahmen bei der Umsatzsteuer erbrachte 50 Millionen Euro, eine Veränderung der Dienstwagenbesteuerung und die Abschaffung der Eigenheimzulage für zukünftige Neubauten würden 26 Millionen Euro Mehreinnahmen bedeuten. Darüber hinaus würde bereits 0,2% über dem von Roland Koch festgesetzten Wirtschaftswachstum Mehreinnahmen in Höhe von 28 - 30 Millionen Euro für Hessen bedeuten.

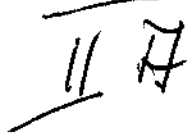
Wir haben mit dem „Sozialbudget neu“ eine sozialpolitische Alternative zur Kahlschlagpolitik des Roland Koch entwickelt, um die bestehenden bürgernahen, **niedrigschwelligen** und kompetenten Hilfe- und Beratungsangebote, die soziale Infrastruktur in Hessen, zu erhalten und weiter zu entwickeln. Wir wollen mit dem „Sozialbudget **Neu**“* eine verbindliche Festlegung der Landesmittel, um den Trägern und Kommunen Planungssicherheit zu geben und durch eine langfristige **Finanzplanung**, einschließlich hessenweiter Definition von Mindestanforderungen und Qualitätsstandards, Wirkungsorientierung und Evaluation die soziale Infrastruktur zukunftsfest gestalten.

Angesichts der Mehrheitsverhältnisse im Hessischen Landtag sind wir auf Zustimmung auch aus anderen **Parteien** angewiesen.

Mit freundlichem Gruß



*Unser **Sozialbudget** Neu finden Sie im Internet www.gruene-fraktion-hessen.de



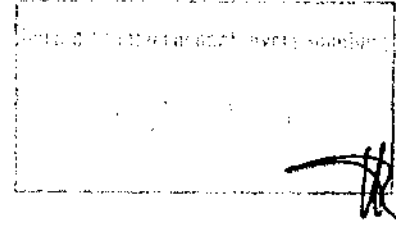

HEIKE HABERMANN
MITGLIED DES HESSISCHEN LANDTAGS

WAHLKREISBÜRO
HERRNSTRAßE 14
63065 OFFENBACH
TELEFON (069) 88 70 45
TELEFAX (069) 88 70 46
E-MAIL: habermann@spd-offenbach.de

Stadtverordnetenvorsteher
Herrn Manfred Wirsing
Rathaus, Berliner Str. 100

63065 Offenbach

per Fax: 8065-3471



Offenbach, 2. Dezember 2003

Sehr geehrter Herr **Wirsing**,

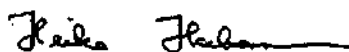
herzlichen Dank für die Zusendung der Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung und des Magistrats der Stadt Offenbach zu den Sparbeschlüssen der Landesregierung.

Seit Bekanntgabe der „Operation Sichere **Zukunft**“ stehe ich in engem Kontakt mit den freien **Trägern** von Sozialmaßnahmen in Offenbach und mit den Verantwortlichen von Sozialprojekten der Stadt. Sollte es bei der Höhe der Kürzungen bleiben, ist vor allem für unsere Stadt eine dramatische Verschlechterung des sozialen Klimas zu befürchten. Viele der bislang erfolgreichen präventiven Maßnahmen stünden vor dem **Aus**, die Folgen sind kaum absehbar.

Die SPD-Fraktion des Hessischen Landtages wird diesen Kürzungen nicht zustimmen. Vielmehr hat sie Anträge in die Haushaltsberatungen eingebracht, die u.a. die Rücknahme der 30 Millionen-Kürzungen im Sozialbereich fordert, die Einrichtung eines Sozialbudgets vorschlägt und einen Deckungsvorschlag zur **Finanzierung** der sozialen Projekte macht

An dieser Stelle möchte ich Sie auf eine weitere Aktion gegen die Sparbeschlüsse der Landesregierung aufmerksam machen: Am 6.12. werde ich zwischen 11 und 13 Uhr gemeinsam mit meinem Landtagskollegen Tarek **Al-Wazir** und Vertretern der Freien Träger unter dem Titel „**Ausradiert...**“ Radiergummis an die Offenbacher und Offenbacherinnen verteilen. Anbei zur Information das Flugblatt.

Mit freundlichen Grüßen



Heike Habermann

Ausradiert !!!



Radiergummi

... Zuschüsse von rund 1 Million €

weil das Land Hessen Mittel streicht für;

- die Erziehungsberatung der Caritas Offenbach
- die Schuldnerberatung des Diakonischen Werks
- Beratung, Prävention und das Arbeitsprojekt des Suchthilfezentrums Wildhof
- die Migrationsberatung von AWO, Caritas und Diakonie
- die Evangelische Familienbildungsstätte
- die Katholische Familienbildungsstätte
- die Beratung von psychischkranken Menschen
- die Schülerhilfe Lauterborn
- das Frauenhaus Offenbach
- die Aidshilfe Offenbach
- das Selbsthilfebüro des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes
- das Fanprojekt des OFC
- die sozialen Projekte der Stadt Offenbach

Die Folgen:

- Schließung der Katholischen Familienbildungsstätte
- Voraussichtliche Schließung der Migrationsberatung der AWO
- Drastische Einschränkung der Beratungsangebote
- Streichung von bis zu 20 hauptamtlichen Stellen
- Streichung von über 50 Kräften auf Honorarbasis
- Einschränkung der städtischen Projekte
- Wegfall von Komplementärmitteln (z.B. des Bundes und der EU)
- Unabsehbare Folgekosten, die Stadt und Land belasten

**Mindestens 10.000 Offenbacher und Offenbacherinnen
sind heute betroffen !!!
Morgen vielleicht auch SIE !!!**

Eine Aktion der Offenbacher Aidshilfe, AWO, Caritas, Diakonie, Evangelischen Familienbildungsstätte, Katholischen Familienbildungsstätte, Paritätischem Wohlfahrtsverband und der Suchthilfe Wildhof sowie der Landtagsabgeordneten Heike Habermann und Tarek Al-Wazir



HEIKE HABERMANN
MITGLIED DES HESSISCHEN LANDTAGS

WAHLKREISBÜRO
HERRNSTRAßE 14
63065 OFFENBACH
TELEFON (069) 88 70 45
TELEFAX (069) 88 70 46
E-MAIL: habermann@spd-offenbach.de

Pressemitteilung

Präsente zu Nikolaus – Landtagsabgeordnete und soziale Einrichtungen verteilen Radiergummi

Offenbach, den 27. November 2003 — Am Samstag, den 6. Dezember erhalten die Offenbacher Bürger und Bürgerinnen besondere Nikolaus-Geschenke: Zwischen 11 und 13 Uhr verteilen Vertreter von sozialen Einrichtungen und Projekten in **Offenbach**, die besonders von den Kürzungen der Landeszuschüsse betroffen sind, gemeinsam mit den Landtagsabgeordneten Heike Habermann (SPD) und Tarek Al-Wazir (Bündnis 90/Die Grünen) Radiergummis am Marktplatz. „Wir wollen unsere Arbeit nicht ausradiert **sehen**,“ erläutert Martin Glaub von der **Diakonie** und deutet symbolisch mit der Rute Richtung Wiesbaden. „Und wir hoffen, dass wir bei den anstehenden Haushaltsberatungen noch Anstöße liefern können, von diesen drastischen Sparmaßnahmen Abstand zu **nehmen**“.

„Schuldnerberatung, Suchthilfe, Migrationsberatung, **Erziehungsberatung**, Aids-Hilfe, Familienbildungsstätten und andere sind gerade in Offenbach aufgrund der spezifischen Bevölkerungsstruktur wichtige Anlaufstellen zur **Unterstützung**, Förderung und **Integration**, die miteinander eng verzahnt sind,“ so **Mechthild Rau** vom Suchthilfezentrum **Wildhof**.

Heike Habermann, Initiatorin der Aktion, ergänzt: „Dieser Kahlschlag ohne Weitblick führt in Zukunft zu weitaus höheren Folgekosten, die den städtischen Haushalt belasten. Leidtragende sind die Menschen, denen durch nicht mehr gewährte Unterstützung jede Zukunftsperspektive genommen wird.“



HEIKE HABERMANN
MITGLIED DES HESSISCHEN LANDTAGS

WAHLKREISBÜRO
HERRNSTRASSE 14
63065 OFFENBACH
TELEFON (069) 88 70 45
TELEFAX (069) 88 70 46
E-MAIL: habermann@spd-offenbach.de

Pressemitteilung

Nach den Sparplänen der hessischen Landesregierung sollen in Offenbach knapp 300.000 Euro Landesmittel für die freien Träger sozialer Einrichtungen und Projekte gestrichen werden. Zählt man die gekürzten Mittel für städtische Einrichtungen sowie wegfallende Komplementärmittel hinzu, addiert sich das Minus für Offenbach auf rund eine Million Euro. Bis zu 20 hauptamtliche Stellen, über 50 Honorarkräfte sowie die Mitarbeit vieler ehrenamtlich Tätiger steht auf dem Spiel, wenn die Sozialmaßnahmen drastisch zurückgefahren bzw. Einrichtungen geschlossen werden müssen. Die Zahl der betroffenen Hilfesuchenden geht in die Tausende. Erstes Opfer ist die Katholische Familienbildungsstätte, die zum Ende des Jahres ihre Arbeit in Offenbach aufgeben muss.

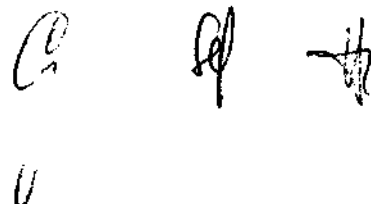
Für weitere Fragen wenden Sie sich bitte an:
Wahlkreisbüro Heike Habermann (MdL)
Kontakt Monika **Pröse**
Tel: 069/82 37 57 41 - Fax: 069/88 70 46
e-Mail: proese@spd-offenbach.de

NORBERT KARTMANN
PRÄSIDENT DES HESSISCHEN LANDTAGS

SCHLOSSPLATZ 1-3
65183 WIESBADEN
TELEFON (06 11) 35 02 00
TELEFAX (06 11) 35 04 35
e-Mail: Praesident@ltg.hessen.de

Herrn
Manfred Wirsing
Stadtverordnetenvorsteher der
Stadt Offenbach am Main

63061 Offenbach



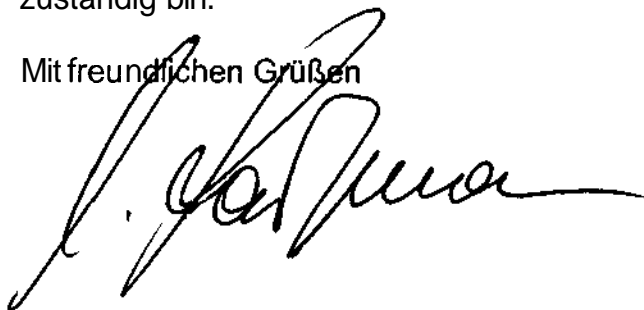
Wiesbaden, 8. Dezember 2003

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher,

Ihr Schreiben vom 18. November mit Ihrer Unterrichtung über einen Beschluss der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Offenbach habe ich zur Kenntnis genommen.

Ihren besonderen Hinweis auf die ersten beiden Absätze dieses Beschlusses hebt allerdings diese Unterrichtung auf die Ebene der parteipolitischen Debatte. Diesbezüglich darf ich Ihnen mitteilen, dass ich in meinem Amte dafür nicht zuständig bin.

Mit freundlichen Grüßen





Herrn Stadtverordnetenvorsteher
der Stadt Offenbach am Main
Manfred Wirsing

63061 Offenbach am Main

L
se/

8. Dezember 2003

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher,

Sie können versichert sein, dass ich als Mitglied der Hessischen Landesregierung den wohlverstandenen Interessen des Landes Hessen und seiner Bevölkerung verpflichtet bin und mir als frei gewählter Landtagsabgeordneter, der keinem imperativen Mandat unterliegt, die Zukunft Offenbachs und seiner Bürgerinnen und Bürger besonders am Herzen liegt. Ihres Schreibens vom 18. November 2003 hätte es insoweit nicht bedurft.

Gerade weil ich meine Verantwortung für die Menschen in unserer Stadt und unserem Bundesland sehr ernst nehme, bin ich der Überzeugung, dass es keine Alternative zu der Operation Sichere Zukunft der Hessischen Landesregierung gibt.

Mit freundlichen Grüßen

Stefan Grüttner



18. Dezember 2003

Herrn
Manfred Wirsing
Stadtverordnetenvorsteher der Stadt Offenbach am Main
Rathaus

63061 Offenbach

Sehr geehrter Herr Wirsing,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 18. November 2003, in dem Sie mir einen Beschluss der Stadtverordnetenversammlung übermittelt haben, der sich mit den Kürzungen von Fördermitteln des Landes Hessen im sozialen Bereich befasst. Obwohl sich sehr viele Bürgerinnen und Bürger zu den beschlossenen Sparmaßnahmen an mich gewandt haben, werde ich mich bemühen, so individuell wie möglich zu antworten. Leider lässt sich dennoch aufgrund der Vielzahl der Eingaben nicht vermeiden, dass unter Umständen meine Antwort an Sie wortgleich mit anderen sein wird. Hierfür bitte ich um Nachsicht.

Für Ihre Enttäuschung über die beabsichtigten Kürzungen habe ich volles Verständnis. Ich habe mich bewusst entschieden, die geplanten Maßnahmen so offen wie möglich zu erläutern. Entgegen mancher Unsitte in der Politik halte ich es für eine Selbstverständlichkeit, dass die Bevölkerung über kommende Belastungen in dem angekündigten Ausmaß klar und deutlich informiert wird.

Nach drei Jahren Null-Wachstum als Folge der verfehlten rot-grünen Politik in Berlin mit dramatisch zurückgehenden Einnahmen sind die Kürzungen notwendig und schmerzhaft. Natürlich haben wir alle noch vor ein paar Monaten geglaubt, dass wir nach dem von der Bundesregierung immer wieder angekündigten Wirtschaftsaufschwung solche Einnahmeausfälle, wie sie sich heute zeigen, nicht zu verzeichnen haben würden. Der Aufschwung liegt heute ferner denn je. Hessen steht im Ländervergleich bei den finanzwirtschaftlichen Daten auf den Plätzen 3 und 4. Sie können sich vorstellen, dass die meisten anderen Länder nun zu ähnlichen oder noch härteren Maßnahmen greifen müssen. Hessen kann sich zugute halten, dass es zuerst und vor allem umfassend gehandelt hat. Im Gegensatz zu Berlin, wo jeden Tag neue Ankündigungen getätigt werden, ohne dass etwas geschieht, wird in Hessen entschlossen gehandelt. Ich bin sicher, dass sich unsere Entschlossenheit

auszahlen wird. Ich halte ferner nichts davon, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und die Bevölkerung im Unklaren darüber zu lassen, was auf sie zukommt.

So wie wir unseren Mitarbeitern Mehrarbeit abverlangen müssen und zur Streichung beziehungsweise Kürzung von Urlaubs- und Weihnachtsgeld gezwungen sind, kommen wir auch nicht umhin, im Bereich der Subventionen und freiwilligen Leistungen erhebliche Beiträge zur Deckung der Finanzierungslücke von etwa 1,03 Milliarden Euro für den Haushalt 2004 abzuverlangen. Konkret werden die Leistungen in den genannten Bereichen um insgesamt ein Drittel der ursprünglich vorgesehenen Mittel reduziert, wodurch mehr als 120 Millionen Euro eingespart werden.

Die konkreten Entscheidungen darüber, welche Initiativen, Institutionen und Programme von den Kürzungen im Einzelnen betroffen sind, haben sich die jeweiligen Ressortminister, in den vorliegenden Sozialbereichen Frau Staatsministerin Silke Lautenschläger, nicht leicht gemacht. Alle diesbezüglichen Entscheidungen waren vom Bewusstsein geprägt, dass jede der Kürzungen einen massiven Einschnitt bedeutet.

Alle Fachminister haben sich bei den Kürzungsvorschlägen von der Frage leiten lassen, was vom Land aufrechterhalten werden müsse, wo das Land in der Pflicht stehe, eine bestimmte Struktur aufrechtzuerhalten und ob diese Aufgabe nicht von einer anderen Stelle erfüllt werden könnte. Aus den genannten Gründen akzeptiere ich entsprechende Schwerpunktsetzungen von Frau Lautenschläger.

Vielleicht verstehen Sie aus den genannten Gründen, dass die angekündigten Maßnahmen auch für uns sehr schmerzhaft sind. Wenn wir eine Alternative hätten, würden wir auf diese unpopulären Schritte gerne verzichten. Um unsere Kinder nicht von vornherein mit einer immer höheren Staatsverschuldung zu belasten, ist es notwendig, den eingeschlagenen Weg zu gehen.

Ich wünsche Ihnen ein gesegnetes Weihnachtsfest und ein erfolgreiches und zufriedenes Jahr 2004.

Mit freundlichen Grüßen

Roland Koch

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'R. Koch', written in a cursive style.